



Heidrun Dittrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Heidrun Dittrich, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die Presse

Heidrun Dittrich, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: E 805
Telefon: +49 30 227-726 15
Fax: +49 30 227-766 15

Wahlkreisbüro Hannover:
Kötnerholzweg 47
30451 Hannover
Telefon: +49 511-44981865

e-mail: heidrun.dittrich@bundestag.de
www.heidrundittrich.de

Hannover, 10.02.2010

Hannoversche Bundestagsabgeordnete der Linken unterstützt das Bündnis gegen rechts in Hannover und ruft zur Demonstration gegen rechte Gewalt auf.

Die hannoversche Bundestagsabgeordnete der Linken, Heidrun Dittrich, ist bekannt für ihr Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Sie war an der Gründung des Lindener Bündnis gegen Nazis beteiligt und auch bei der bundesweiten Demonstration am 13. Februar in Dresden wird Heidrun Dittrich mit dabei sein.

Empört nahm Heidrun Dittrich Kenntnis von dem brutalen Überfall von Neonazis auf einen Jugendlichen in der Silvesternacht: *„Ich war schockiert, als ich von dem Vorfall in Hannover hörte. Leider ist dies kein Einzelfall. Bei den letzten Wahlen hat die NPD zwar eine Niederlage erlitten, auf der Straße jedoch ist die militante Nazibewegung auf dem Vormarsch. Auch hier in Niedersachsen. Die Kriminalität der rechtsextremen Szene ist dramatisch angestiegen. In Niedersachsen wurden 2008 1.789 Delikte erfasst und in Deutschland wurde ein Anstieg auf 20.422 (2007: 17.607) Taten registriert. Ich freue mich daher sehr, dass sich jetzt das hannoversche 'Bündnis gegen rechts' unter der Beteiligung von vielen jungen Menschen gebildet hat.“*

Die Idee des Bündnisses, Menschen unabhängig von ihrer politischen Überzeugung, Religion, Lebensstil und sozialer oder kulturellen Herkunft zusammen zu bringen um gegen rechte Gewalt Zivilcourage zu zeigen, sei der richtige Weg, so Heidrun Dittrich.

„Denn der Schlüssel zur Bekämpfung der Nazis ist, sie und ihre menschenverachtende rassistische Ideologie gesellschaftlich zu isolieren, ihnen jede Möglichkeit zu nehmen, öffentlich aufzutreten. Dazu braucht es politisch breit angelegte Bündnisse.“

Das Bündnis ruft als Reaktion auf den Überfall zu einer Mahnwache am 05. März um 18 Uhr am Kantplatz in Kleefeld und zu einer Demonstration am 06. März um 14 Uhr am Steintorplatz auf.